

Schon mit 16 zur Beiratswahl

Bürgerschaft einig: Wahlalter senken

Von unserem Redakteur Peter Voith

BREMEN. Jugendliche, die heute um die 15 Jahre alt sind, werden im Mai nächsten Jahres möglicherweise zur Wahl aufgerufen - nicht zur Bürgerschaftswahl, aber immerhin zur parallel stattfindenden Wahl der Beiräte im Mai 2007.

Ohne Gegenstimme haben sich gestern alle drei Fraktionen der Stadtbürgerschaft dafür ausgesprochen, das Wahlalter bei Beiratswahlen auf 16 Jahre zu senken. In einem Dringlichkeitsantrag forderten die SPD-, CDU- und Grünen-Abgeordneten den Senat auf, eine entsprechende gesetzliche Grundlage zu erarbeiten. Innensenator Thomas Röwekamp (CDU) versicherte, den Auftrag „zügig“ zu bearbeiten, machte aber auf Probleme aufmerksam, die entstehen könnten, weil das Wahlgesetz bestimmte Fristen vorschreibe, die bereits überschritten sind. Man stehe nun unter „enormem Zeitdruck“.

Der CDU-Abgeordnete Michael Bartels würdigte - wie die übrigen Redner - die Arbeit der

Jugendbeiräte in Schwachhausen. Dort hätten Jugendliche im Beirat zwar ein Rede- und Antrags-, aber kein Stimmrecht. Um dieses Manko zu beheben, habe sich die CDU dafür ausgesprochen, das Wahlalter bei den Beiratswahlen auf 16 Jahre zu senken - auch deshalb, weil man sich nicht dem Vorwurf auszusetzen wolle, die Einrichtung von Jugendbeiräten sei eine „Alibi-Veranstaltung“. Die Jugendlichen müssten regulär wählen und gewählt werden können. „Alles andere wäre halbherzig“, so Bartels.

Wolfgang Grotheer (SPD) erinnerte daran, dass seine Fraktion „schon lange“ für die Herabsetzung des Wahlalters gewesen sei, nicht nur zur Wahl der Beiräte, sondern auch zur Bürgerschaft. Doch das sei „mit der CDU nicht möglich gewesen“.

Der Grünen-Abgeordnete Jens Crueger sagte: „Es geschehen noch Zeichen und Wunder.“ Die Grünen sprächen sich dafür aus, das Wahlalter 16 auch die Landtags- und Bundestagswahlen auszudehnen, aber in Bremen sei man „jetzt wenigstens ein Stückchen weiter“.

Weser-Kurier 11.10.2006

Reförmchen für Kleine

Stadtbürgerschaft verabschiedet Wahlrechtsänderung: 16-Jährige dürfen künftig Beiratslisten ankreuzen

Christian Weber (SPD) hatte schon vor der Aussprache für deren Highlight gesorgt. Der Bürgerschaftspräsident nämlich rief kurzerhand die Gerontokratie aus: Versehentlich nannte er den Tagesordnungspunkt "Wahlalter 60 bei Beiratswahlen". Nach aufbrandendem Gelächter korrigierte er: 16 Jahre sollte es heißen. Und es geht ausschließlich um das aktive Wahlrecht - um die Lizenz, Kreuzchen zu machen.

"Wir wollten ursprünglich", sagte Renate Möbius (SPD), "auch das passive Wahlrecht ab 16" - also die Möglichkeit für Jugendliche, zu kandidieren. Das sei aber mit der CDU nicht zu machen gewesen. Die habe sich selbst auf die kleine Wahlrechtsänderung nur dank der "akribischen juristischen Vorarbeit von Wolfgang Grotheer" eingelassen. Deshalb nun die kleinstmögliche Reform statt einer bundesweiten Vorreiterrolle.

Die CDU habe nichts blockiert, entgegnete deren innenpolitischer Sprecher Rolf Herderhorst. Man habe sich aber "rechtlich beraten lassen". Und da sei das Ergebnis gewesen, dass ein passives Wahlrecht ab 16 Jahren nicht so leicht machbar wäre. Gegenstimmen: Keine.

taz Nord 11.10.2006